

# Ökologie oder Kulturkampf? Die Grünen suchen eine neue Identität

Mit der Atomausstiegs-Abstimmung endet eine Ära der Partei. Über die Neuausrichtung herrscht Uneinigkeit.

Raphaela Birrer  
Bern

Die Grünen und der Atomausstieg – diese Symbiose hat ein Ablaufdatum. Der Kampf gegen die AKW hatte die Politik der Partei bisher massgeblich geprägt. Die Abstimmung zur Atomausstiegsinitiative markiert das Ende dieser Ära. Mit dem Volksentscheid Ende November wird sich klären, ob die elementare Forderung der Grünen nach einer raschen Abschaltung der Atomkraftwerke umgesetzt wird. Danach ist die Grundsatzfrage vom Tisch: Entweder wird ihre Initiative angenommen oder der schrittweise Ausstieg im Rahmen der Energiestrategie 2050 vorangetrieben.

Die Grünen stehen also vor der Herausforderung, sich programmatisch weiterentwickeln zu müssen. Geht es nach Präsidentin Regula Rytz, steht gerade dieser Herbst sinnbildlich für den neuen Kurs – wenn auch in umgekehrter Reihenfolge. Im November wird mit der Abstimmung über den Atomausstieg das alte Thema «verabschiedet», im September wurde mit dem Urnengang zur Grünen Wirtschaft das zukünftige Feld eröffnet. Die vom Volk abgelehnte Initiative verlangte, dass die Schweiz den ökologischen Fussabdruck bis ins Jahr 2050 auf eine Erde reduziert.

## Rytz setzt auf Ökologie

Ein nachhaltiger Umgang mit den Ressourcen und der Klimaschutz – das sollen gemäss Rytz neue politische Schwerpunkte der Partei sein. «Nach dem Volksmein ist das Problem der knappen Ressourcen nicht einfach verschwunden. Wir werden neue Wege zur Senkung der Umweltbelastung suchen», sagt sie. Im Fokus stehe dabei der Klimaschutz. Er soll einen weltweiten Kampf um Lebensräume und Nahrungsmittel verhindern. Für Rytz sind ökologische Anliegen daher in Zukunft umso mehr an soziale Gerechtigkeit und Fairness geknüpft.

Doch dieser Kurs stösst parteiintern auch auf Skepsis. So sagt etwa der ehemalige Zuger Nationalrat Jo Lang: «Mit ökologischen Themen konnten wir uns bereits profilieren. In diesem Bereich gelten wir als Instanz. Aber das reicht nicht.» Lang sieht die virulente, von konservativen Kreisen dominierte Identitätsdebatte in der Schweiz als Chance für die künftige Ausrichtung der Grünen. «Wir müssen diesen Kulturkampf aufnehmen und uns als gesellschaftsliberale Kraft positionieren, welche die Freiheit der Bürger, die Solidarität mit der Welt und die Säkularität verteidigt», sagt er. Die Burkadebatte zeige beispielhaft, dass die anderen Parteien unfähig seien, den konservativen rechten Kräften entgegenzutreten. Die grüne Basis dagegen habe im Wertediskurs eine eindeutige Haltung.

Unterstützung erhält Lang von einem anderen altgedienten Parlamentarier. «Die Verteidigung der Grundrechte, Migrations- und Asylfragen sowie deren Folgen für unsere Gesellschaft: Diese Themen sollten für uns zentral sein. Die Grünen sind mehr als eine ökologische Partei», sagt der ehemalige Parteipräsident Ueli Leuenberger.

## Von der SP emanzipieren

Auf die Kulturdebatte zu reagieren, sei noch kein Programm, kontert der Zürcher Nationalrat Bastien Girod. «Wir brauchen eine eigene Agenda.» Und dafür sei die von Rytz eingeschlagene Stossrichtung geeignet: Die Grüne Wirtschaft fokussierte auf die ökologische Nachhaltigkeit. In Bezug auf die soziale und wirtschaftliche Nachhaltigkeit öffne sich für die Grünen aber noch ein grosses Feld, ist Girod überzeugt, und nennt als Beispiele die Förderung lokaler Wirtschaftskreisläufe oder den gemeinnützigen Wohnungsbau. Als Vertreter der jungen Parteigeneration sieht er in diesem Ansatz auch die Möglichkeit, die Diskussion über die sozialpolitische Emanzipation von der SP zu überwinden. «Wir wollen zivilgesellschaftliche Innovationen wie integrative genossenschaftliche Siedlungspro-



Die Abkehr von der Atomkraft ist ein Wendepunkt für die Grünen. Windpark Swisswinds beim Griespass. Foto: Denis Balibouse (Reuters)

## Die Schweizer Atomkraftwerke

Abschaltdatum gemäss Initiative	2017	2017	2024	2029	
Name	Beznau I	Beznau II	Mühleberg	Gösgen	Leibstadt
Reaktortyp	Druckwasserreaktor	Druckwasserreaktor	Siedewasserreaktor	Druckwasserreaktor	Siedewasserreaktor
Ort	Döttingen AG	Döttingen AG	Mühleberg BE	Däniken SO	Leibstadt AG
Betreiber	Axpo AG	Axpo AG	BKW Energie AG	Kernkraftwerk Gösgen-Däniken AG	Kernkraftwerk Leibstadt AG
in Betrieb seit	1969	1972	1972	1979	1984
Kapazität in MW	380	380	390	1035	1275
Produktion GWh	2700	2800	2900	7900	9100
Ø 2006–2015					


TA-Grafik mt, bra/Quelle: Bundesamt für Energie, IAEA Power Reactor Information System

jekte oder Landwirtschaftsbetriebe vorantreiben. Der Staat ist nicht immer die Lösung.»

Die Abstimmung zur Grünen Wirtschaft verdeutlichte aber, dass diese Ansätze die breite Bevölkerung offensichtlich noch nicht erreichen. Rund 64 Prozent lehnten die Initiative an der Urne ab. Das liege nicht am Thema, betont Girod – und gibt sich selbstkritisch: «Wir haben dessen Potenzial in der Kampagne nicht ausgeschöpft.»

All die aufgeworfenen inhaltlichen Positionen und Fragen sind bereits ein Vorgeschmack auf das kommende Jahr: Dann wollen die Grünen in einer breiten Programmdebatte ihren neuen Kurs konsolidieren. «Da darf es auch Reibungen geben», sagt Fraktionschef Balthasar Glättli. Der Zürcher Nationalrat selbst plädiert ebenfalls dafür, dass sich seine Partei neben dem umweltpolitischen für ein ausgeprägtes zweites Standbein entscheidet: den Kampf für

mehr Solidarität und für die Grundrechte. «Wir müssen ein Gegenpol zur teils rassistischen rechten Politik sein», sagt Glättli. Ob diese Strategie den Grünen hilft, ihren Wählerschwund zu stoppen, wird sich bei den nächsten Wahlen zeigen.

 [Interview](#) Politologe Lukas Golder über Atomkraft-Skepsis  
[atomkraft.tagesanzeiger.ch](http://atomkraft.tagesanzeiger.ch)

## Atomausstiegsinitiative

# In 13 Jahren soll es keine Atomkraftwerke mehr geben

Bei einem Ja müssten drei AKW 2017, die anderen zwei bis 2029 vom Netz.

Raphaela Birrer  
Bern

Atomkraftwerke werden weltweit durchschnittlich nach 29 Betriebsjahren stillgelegt. In der Schweiz steht mit Beznau I der älteste Reaktor der Welt; er ist seit 47 Jahren am Netz. Mit diesen Zahlen eröffnete die Allianz «Für den geordneten Ausstieg aus der Atomenergie» gestern den Abstimmungskampf zu ihrer Initiative, die am 27. November an die Urne kommt. Nur sie könne «das riskante Experiment mit Leib und Leben der Anwohner noch stoppen», sagte Regula Rytz, Grünen-Chefin und Co-Präsidentin der Allianz, vor den Medien.

Das von den Grünen 2011 lancierte Volksbegehren verlangt ein Betriebsver-

bot für neue AKW und maximale Laufzeiten von 45 Jahren für die bestehenden. Bei einer Annahme müssten Beznau I und II sowie Mühleberg bereits nächstes Jahr, Gösgen 2024 und Leibstadt 2029 vom Netz. Um die Stromversorgung zu sichern, sollen die erneuerbaren Energien ausgebaut werden. Dafür sei kaum ein anderes Land besser positioniert als die Schweiz, sagte Rytz. Bereits heute seien zwei Drittel der Stromproduktion erneuerbar. Gegner argumentieren, wegen des raschen Wegfalls des Atomstroms müsse zunächst Kohle- und Atomstrom importiert werden.

## 80 000 neue Arbeitsplätze

Neben der Versorgungs-schafft die Initiative gemäss der Allianz auch Planungssicherheit für die öffentliche Hand, Private und Firmen, die in erneuerbare Energien investieren. In diesem Bereich könnten zudem laut SP-Nationalrat und Gewerkschafter Corrado Pardini in den

nächsten 20 Jahren 80 000 Arbeitsplätze geschaffen werden. Im Unterschied dazu sei Atomenergie ein Verlustgeschäft. Beznau produziere pro Kilowattstunde mehr als fünf Rappen Verlust, rechnete Finanzexperte Kaspar Müller vor.

In der letzte Woche vom Parlament verabschiedeten Energiestrategie 2050 ist der Atomausstieg ebenfalls festgeschrieben. Der Bau neuer AKW wurde im Rahmen dieses Gesetzespakets verboten. Im Unterschied zur Initiative sollen aber die fünf Meiler erst stillgelegt werden, wenn die Aufsichtsbehörde Ensi sie nicht mehr als sicher einstuft. Das ist den Initianten zu wenig: Wenn ein AKW nicht mehr sicher sei, sei es bereits zu spät, lautet ihre Argumentation. Sie verstehen ihre Vorlage daher nicht als Gegenprojekt zur Energiestrategie, sondern als «Vervollständigung».

Der Allianz gehören über 40 Organisationen an, etwa die SP, die GLP, die EVP sowie Umwelt- und Kirchenverbände.

## Mehr Macht für die Kleinkantone

Ein Ausserrhoder Nationalrat will mehr Rechte für Halbkantone – zum Nachteil der Städte und der Romandie.

Felix Schindler

Der Kanton Basel-Landschaft hat politisch weniger Gewicht als der Kanton Uri, obwohl dort fast achtmal so viele Menschen leben. Baselland darf nur einen Vertreter in den Ständerat entsenden und hat bei wichtigen Volksentscheiden nur eine halbe Ständesstimme. Der SVP-Nationalrat David Zuberbühler will diese staatspolitische Eigenheit der Schweiz eliminieren. Unter dem Titel «Wann werden Halbkantone für voll genommen?» reichte er eine Anfrage ein, die darauf abzielt, sechs Kantone mehr Macht zu verleihen. Geht es nach Zuberbühler, sollen Basel-Landschaft, Basel-Stadt, Obwalden, Nidwalden, Appenzell Innerrhoden und Appenzell Ausserrhoden – Zuberbühlers Wohnkanton – je eine ganze Ständesstimme erhalten.

## Appenzeller gegen Jurassier

Zuberbühler schreibt in seiner Anfrage, einige Vollkantone hätten weniger Einwohner als verschiedene Halbkantone. Tatsächlich existieren neun Kantone mit weniger Einwohnern als Basel-Landschaft, aber mehr Mitbestimmungsrechten. Ausserdem stört sich Zuberbühler daran, dass der Kanton Jura über eine ganze Ständesstimme verfügt. Dieser spaltete sich 1978 von Bern ab und ist seither ein vollwertiger Kanton.

Von einer Reform des heutigen Systems würde etwa Basel-Stadt profitieren. Doch der Basler SP-Nationalrat Beat Jans hält das Ansinnen für «absolut aussichtslos». Die Idee bringe keinem der 20 heutigen Vollkantone einen Nutzen, weshalb es so gut wie ausgeschlossen sei, Mehrheiten zu bilden. Jans will sich vielmehr für eine Fusion der beiden Basel engagieren, die vor zwei Jahren am Nein von Baselland gescheitert ist.

Würden die Halbkantone eine volle Ständesstimme erhalten, bekäme FDP-Ständerat Andrea Caroni (FDP) einen Ausserrhoder Kollegen in der kleinen Kammer. Doch auch aus seiner Sicht überwiegen die Nachteile der Idee. Denn eine solche Reform würde drei zusätzliche Ständesstimmen mit sechs zusätzlichen Ständeräten schaffen. Diese neuen Ständesstimmen wären allesamt in der Deutschschweiz und weitgehend ländlich geprägt. Entsprechend würden die Westschweiz und die Städte erheblich schwächer. Er verfasste 2011 einen ähnlichen Vorstoss, verwarf ihn aber wieder. «Die heutige Balance ist zwar nicht perfekt», sagt Caroni. Daran zu rütteln, würde aber zu einem enormen Druck vor allem der Städte führen, die schon lange auf mehr Einfluss pochen. «Niemand weiss, wie ein solches Seilziehen ausgehen würde, aber aus Sicht von Kantonen mit halber Ständesstimme könnte der Schuss durchaus auch nach hinten losgehen», sagt Caroni. Entsprechend hätten die Kantonsregierungen dieser Kantone sich auch gegen eine solche Reform ausgesprochen.

## Wenig Nutzen für die Romands

Bisher sind neun Abstimmungen trotz Volksmehr am Ständemehr gescheitert. Zuletzt 2013 jene über den Familienartikel. 54,3 Prozent der Stimmenden sagten Ja, doch 13 Stände lehnten die Vorlage ab. Die kleinen Zentral- und Ostschweizer Kantone obsiegten über die Städte, die Romands und die Tessiner. In den vorangegangenen Abstimmungen waren die Kräfteverhältnisse ähnlich: Das Ständemehr nützt den kleinen Deutschschweizer Kantone schon heute mehr.

In den letzten Jahren versuchten auch SP-Vertreter, den Föderalismus zu reformieren. Die Vorstösse, die auf eine bessere Repräsentation der Städte abzielten, scheiterten jedoch durchs Band.



David Zuberbühler  
SVP-Nationalrat